

## **Ist ein Hallenumbau nur ein Hallenumbau?**

Seit ca. einem halben Jahr wird an der Uni Bielefeld der Umbau der Unihalle diskutiert. Im Dezember 04 hat das Rektorat in Kooperation mit dem „Ästhetischen Zentrum“ ein Papier herausgegeben, das über die bestehenden Pläne informiert. Die Halle soll umgestaltet werden, um die Attraktivität und die Funktionalität des Unigebäudes zu steigern. Begründet wird dies im wesentlichen damit, dass die Uni Bielefeld „unter wachsendem Wettbewerbsdruck um Studierende, Lehrende, Drittmittel, Sponsoren etc. gehalten ist, ihr besonderes ‚Profil‘ zu finden“ (Rektoratspapier 8.12.04, s. AtsA-Homepage). Die geplanten Maßnahmen richten sich zunächst vor allem auf die Gestaltung der Wände und die Möblierung der Unihalle. So sollen die Pinnwände und Litfasssäulen mit all den Gesuchzetteln und Veranstaltungshinweisen weitestgehend entfernt werden und stattdessen elektronische Anzeigetafeln, Infoterminals mit Inter-/Intranetanschluss und ein Infopavillon installiert werden. Die Kontaktbananen sollen ersetzt werden durch neue Sitzgelegenheiten und auf der Galerie sollen mehr festgeschraubte Hocker und Tische angebracht werden. Dazu gibt es Vorschläge für ein neues Café und die Nutzbarmachung der Dachgärten.

Der AstA sowie einige andere studentische Gruppen wie Fachschaften und eine der politischen Hochschulgruppen haben bereits in den ersten Monaten des Jahres ihre Kritik an der Planung des Rektorats formuliert. Ein Großteil der Kritik bezieht sich dabei auf die Tatsache, dass das Rektorat die Studierendenschaft nicht in die Planung einbezogen hat und diese erst recht spät informiert hat. Zu Recht wird die Umgehung sämtlicher demokratischer Entscheidungsfindungsgremien innerhalb der Universität einschließlich des Senates kritisiert. Teilweise geht die Kritik auch darüber hinaus, so vor allem von der Fachschaft DSE (s. AstA-Homepage).

**:uniLinks! möchte die Debatte aufgreifen, sich der bereits formulierten Kritik anschließen, jedoch die Schwerpunktsetzung wesentlich verschieben. Die Nicht-Einbeziehung der studentischen Gremien ist scharf zu kritisieren, aber unseren Ermessens nach gilt es, die Vorhaben des Rektorates in einen weiteren gesellschaftspolitischen Kontext zu stellen um zu einer grundsätzlicheren Kritik zu kommen.**

:uniLinks! betrachtet den geplanten Hallenumbau vor dem Hintergrund der seit Mitte der 90er Jahre in der BRD vorangetriebenen Umstrukturierung öffentlichen Raums. Innenstädte, Bahnhöfe und Parks wurden und werden vermehrt privatisiert. Der Raum wird verstärkten Kontrollmaßnahmen unterzogen, Kameras werden installiert und private Sicherheitsdienste beauftragt. Aus Fußgängerzonen werden Shoppingmalls oder Einkaufspassagen mit privatem Hausrecht. Die Innenstädte konnten und können auf diese Weise effektiver von „unerwünschten“ Menschen, wie Obdachlosen, StraßenkünstlerInnen, MigrantInnen, DrogenuserInnen, Punks und WagenplatzbewohnerInnen „befreit“ werden, also all diejenigen, die meistens einkommensschwach sind und nicht am Konsum teilnehmen können oder wollen. Hier verschränken sich die Maßnahmen mit einem meistens rassitischen Sicherheitsdiskurs. All dies kann hier nur angedeutet werden, für Bielefeld sei jedoch an die Kamerainstallation im Ravensberger Park erinnert, die mit der Begründung von angeblich mehr Sicherheit zu einem Verdrängen der schwulen „Cruising“ Area führte. Begründet werden die beschriebenen Maßnahmen mit dem verstärkten Wettbewerb der Städte und Gemeinden untereinander, um vermeintlich Arbeitsplätze schaffende InvestorInnen und TouristInnen. Das unter neoliberalen und postfordistischen politisch eingerichteten Bedingungen flexibler gewordene Kapital muss fortan mit allen Mitteln angelockt werden. Man will in den Innenstädten ideale Bedingungen für eine Mittelschichts-orientierte Konsum- und Entertainmentwelt schaffen. Wer in diese Welt nicht passt, muss gehen. Die aus dieser Politik entstehenden Kämpfe um öffentliche Räume gehen bis heute unvermindert weiter. Wir erinnern uns an die Räumung des Wagenplatzes „Bambule“ in Hamburg Ende vorletzten

Jahres und die bevorstehende Räumung sozialen Zentrums in der Berliner Yorkstr. 59. Wohin das Ganze unter anderem führt, lässt sich z.B. ablesen an bizarren Anekdoten aus Köln, wo es seit kurzem bei Androhung von Bußgeld verboten ist, Nahrungsmittelreste aus öffentlichen Abfalleimern zu holen. Dies schädigt das Stadtbild und das Image der Stadt und zudem sei man über die Gesundheit der Menschen besorgt, da die Nahrungsmittel doch oft verdorben seien (!!).

**Diese gesamtgesellschaftliche Situation spiegelt sich schon seit längerem auch an der Uni Bielefeld wieder.** An Wochenenden und Feiertagen wird Menschen ohne Studierendenausweis oder Schlüssel der Zutritt verweigert, Mensa und Hallenbad sind nur mit Studentenwerkskarte zu betreten. So werden unerwünschte NutzerInnen der Infrastruktur an der Uni ausgeschlossen; natürlich auch hier mit der Begründung von angeblich zu hohen Kosten und Sicherheitsrisiken. Mit dem Hallenumbau und der durch das Rektorat angeführten Begründung zieht nun ein weiteres Stück der kapitalistischen Verwertungslogik in die Uni ein. Auch die Unis sind in Deutschland nun im Rahmen der Autonomieregelungen einem verstärktem Wettbewerb untereinander ausgesetzt und dies natürlich auch im internationalen Rahmen. Für diese Herausforderung will man sich nun fit machen. Im Falle der Unis sind die InvestorInnen vor allem Firmen und Stiftungen, die zweckgebundene Gelder, die sog. Drittmittel, zur Verfügung stellen. Die Frage nach der wissenschaftlichen Freiheit von Forschung und Lehre sowie der Möglichkeit einer Bildung, die sich notwendigerweise mit Emanzipation und der Beförderung von Kritikfähigkeit verbindet, gilt es an diesem Punkt zu stellen.

**Wie die Innenstädte zu sauberen Konsumzonen, soll die Uni nun zu einer ordentlichen und übersichtlichen Ausbildungseinrichtung werden.** Die Gestaltung des Gebäudes geht Hand in Hand mit der Umstrukturierung des Studiums selbst durch die Einführung der BA/MA – Studiengänge. Auch die neuen Studiengänge treiben die allgemeine Verwertbarmachung voran. Die BA-Studierenden bekommen ein notwendiges Grundwissen im Sinne einer Ausbildung vermittelt, um für die qualifiziertere Lohnarbeit gewappnet zu sein und werden dann möglichst jung auf den Arbeitsmarkt geworfen. Kritisches und eigenständiges wissenschaftliches Arbeiten scheint hier nicht mehr erwünscht. Die Elite unter ihnen wird mittels der Trennung in BA und MA ausselektiert. Dies ist im Kontext des Hallenumbaus zu betrachten, jedoch ist kein notwendiger Zusammenhang von Hallenumbau und neuen Studiengängen gegeben wie das Rektorat in seinem Papier suggeriert. Deutlich wird jedoch, dass die Verwertungslogik auf allen Ebenen immer mehr in den Universitätsbetrieb einzieht. Auf die ebenfalls stattfindenden Veränderungen der Berufungspraxis des wissenschaftlichen Personal kann hier nur hingewiesen werden (vgl. dazu z.B.: Sonderheft der Frankfurter Studierendenzeitschrift DISKUS, 10/2004, [www.copyriot.com/diskus](http://www.copyriot.com/diskus)).

Vor diesem Hintergrund betrachtet :uniLinks! den geplanten Hallenumbau als Teil der vom Rektorat betriebenen Standortpolitik im Rahmen eines sich unter neoliberalen Vorzeichen umstrukturierenden gesellschaftlichen Feldes. Die gemeinsame Erarbeitung der Pläne mit einer unizugehörigen Einrichtung, die sich „Ästhetisches Zentrum“ nennt, muss vor diesem Hintergrund als semantisches Tarnmäntelchen entlarvt werden. „Ästhetik“ steht hier als Chiffre für Sauberkeit und Ordnung im Dienste der Verwertungslogik. „Ästhetik“ bedeutet Normierung bzw. Normalisierung. Zum Ausgangspunkt wird hier nicht ein realer Missstand genommen, der von den NutzerInnen der Halle, den Studierenden, als solcher empfunden wird, wie die zum Teil nicht Rollstuhl-gerechten Bereiche an der Uni, auf die der AstA zu Recht hinweist. Stattdessen bezieht sich das Rektorat auf das subjektive Ordnungsempfinden einer kleinen Gruppe, die das Rektoratspapier erarbeitet hat. Die Bewahrung der Kritikfähigkeit und Selbstbestimmung der Studierenden ist gegen die Pläne des Rektorates zu verteidigen, welches mit dem Hallenumbau dafür sorgen will, dass Informationen statt wie bisher ungeordnet in Form der Pinnwände und Litfasssäulen nun nach Zielgruppen gebündelt

auf entsprechenden Infowänden zusammenfassen lassen will. :uniLinks! sieht in dieser Politik eine antiemanzipatorische Umgangsweise mit Informationen bzw. Wissen. Darüber hinaus wird die Freiheit der politischen Äußerung im sozialen Raum Universität durch das Ersetzen von Pinnwänden durch elektronische Anschlagtafeln sanktioniert und kontrolliert. Es ist anzunehmen, dass nicht jede/r anonym Beiträge auf die Tafel setzen können wird.

Der Jargon der zwingenden Notwendigkeit, den das Rektorat in seinem Papier wählt, ist Teil einer typischen neoliberal-repressiven politischen Strategie. Es gibt keine objektiven Missstände, keinen Zeitdruck, keine Knappheit sondern nur getarnte Interessen. Dass es hier nicht nur um äußerlich gestalterische Maßnahmen geht, sondern auch um Subjektivierung im Sinne von Disziplinierung ist ebenfalls dem Rektoratspapier zu entnehmen, wenn davon die Rede ist, dass mit den geplanten Maßnahmen auch ein neuer „Verhaltenskodex“ eingeführt werden soll (Rektoratspapier S.7).

Der Hallenumbau muss in den oben beschriebenen gesellschaftspolitischen Kontext eingeordnet werden und mit dieser Perspektive eine weitergehende und Kritik an der derzeitigen Politik des Rektorates zu formuliert werden als dies bisher geschehen ist. **Der Hallenumbau sollte als Aufhänger für eine grundsätzliche Kritik am hegemonialen neoliberalen Diskurs im Bereich der Bildungspolitik sowie der Raum- und Innenpolitik in Deutschland genutzt werden:**

**:uniLinks! wendet sich in diesem Sinne gegen** die weitere Verwertbarmachung von Wissenschaft und Hochschule, gegen den weiteren Ausbau der Drittmittelfinanzierung, gegen die Abschaffung der Magister- und Diplomstudiengänge, gegen einen nach Standortlogik begründeten Hallenumbau und die damit einhergehende Sanktionierung und Kontrolle von Information und politischer Artikulation in der Universität

**:uniLinks! liebäugelt in diesem Sinne mit** einer freien Bildung im Sinne von Emanzipation und Kritikfähigkeit, mit einer Universität als sozialem Raum für leben, lernen, politische Arbeit, nicht-kommerziellen Kulturbetrieb und freien, selbstbestimmten Informationsaustausch.

Das Rektorat muss daran gehindert werden, seine Vorhaben durchzusetzen. Der Plan, den Hallenumbau in der vorlesungsfreien Zeit möglichst ungestört durchzuführen muss durchkreuzt werden.

**Für freies Plakatieren in der Universität! Rettet die Wandzeitungen! „Entrümpelung“ der Halle stoppen! – Für freie Infotische!**

Gegen chillen im Dachgarten und die Begrünung der Halle haben wir übrigens gar nichts einzuwenden, schließen uns aber vor allem der Fachschaft Technik, mit der Forderung nach dem Pool im Dachgarten und dem Wasserfall von V 10 sowie der Einrichtung der Cocktailbar an (s. Stellungnahme Fachschaft Technik auf der AstA-Homepage), aber bitte alles für alle und zwar umsonst!

**:uniLinks!**  Liste 10